

EU deckelt Boni für Banker

Mayer (CDU): Gesetz zwingt zu nachhaltigem Handeln

Straßburg (gio) – Bonuszahlungen an Banker unterliegen in der EU ab 2011 einer gesetzlichen Regelung. Diese gilt als die weltweit strengste. Das Europäische Parlament stimmte gestern in Straßburg mit sehr großer Mehrheit für eine EU-Richtlinie zur Deckelung der Extrazahlungen. Demnach soll die Höhe der Banker-Boni gemäß EU-Vorgaben in einem angemessenen Verhältnis zum Gehalt stehen. Außerdem sollen maximal 30 Prozent des Bonus' in Bargeld und im Voraus gezahlt werden, bei besonders hohen Summen le-



Hans-Peter Mayer

diglich 20 Prozent. Zwischen 40 und 60 Prozent der Bonuszahlung müssen drei bis fünf Jahre zurückgestellt werden. Dieses Geld kann wieder eingezogen werden, wenn sich Investitionen nicht erwartungsgemäß entwickeln. Mindestens die Hälfte der Boni muss als „bedingtes Kapital“ (Fonds, Aktien) ausgezahlt werden.

Für den Vechtaer EU-Abgeordneten Hans-Peter Mayer steht fest: Mit dieser Regelung, die EU-weit tätige Kredithäuser betreffe, werden Banker zu einem „nachhaltigen Handeln“

gebracht. „Sie müssen darauf achten, dass sie langfristig erfolgreich sind“, sagte Mayer. Zum Wohle der Bank und der Kunden. Risikoreiches Verhalten mit schnellen Bonuszahlungen, das als Mitauslöser für die globale Finanzkrise gilt, werde so eingedämmt. Verschärft werde die Situation für Banker zusätzlich dadurch, dass auch die außerordentlichen Rentenzahlungen vom Wohlergehen der Bank abhängig seien.

Für gerettete Banken gelten darüber hinaus spezielle Maßnahmen. Sie sind angehalten, für eine solidere Eigenkapitalgrundlage sorgen und in die Realwirtschaft zu investieren. ▼ Seite 3

Konflikt um Finanzmarkt-Aufsicht in EU

EU-Parlament setzt Einzelstaaten unter Druck / Mayer (CDU) fordert „klare Bestimmungen“

Von Giorgio Tzimurtas

Straßburg – Die Notwendigkeit einer EU-weiten Reform der Finanzmarktaufsicht ist unstrittig. Die zentrale Frage dabei lautet: Wieviel Autorität soll Brüssel zukommen? Für die EU-Kommission und das Europäische Parlament lautet die Antwort: soviel wie möglich. Doch die im Rat der EU vertretenen 27 Einzelstaaten sträuben sich noch. Ein Konflikt um Macht und Einfluss.

Für den Vechtaer Europa-Abgeordneten Hans-Peter Mayer

(CDU) sind die Positionen des Rats „zu schwammig formuliert“. Er fordert „klare Texte, Bestimmungen und Eingriffsmöglichkeiten in Krisensituationen“. Das sieht die Mehrheit der EU-Volkvertreter ebenso. Deshalb wurden die Einzelvorlagen zum Thema gestern in Straßburg per Beschluss des Europäischen Parlaments zurück in den Fachausschuss verwiesen.

Mayer: „Die Kommission haben wir auf unserer Seite, aber es macht keinen Sinn, jetzt abzu-

stimmen, wenn die Positionen zum Rat für eine zweite Lesung noch zu weit auseinanderliegen.“ Die EU-Parlamentarier wollen jetzt Druck auf den Ministerrat machen. „In zweifacher Weise“, wie Mayer betont. Inhaltlich und zeitlich, denn die neue Architektur der geplanten EU-Aufsichtsbehörden soll Anfang 2011 ihre Arbeit aufnehmen. Drei Behörden sind die künftigen Säulen der EU-Finanzmarktkontrolle: die Wertpapieraufsicht

(ESMA), die Bankenaufsicht (EBA) sowie die Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (EIOPA). Einer der größten Knackpunkte: Die 27 Mitgliedsstaaten wollen sich bislang nicht den Weisungen dieser Gremien beugen, wenn die nationalen Haushalte betroffen sind.

Mayer mahnt, dass Regelungen „zwingend grenzüberschreitend“ getroffen werden müssen. Und sein Fraktionskollege Burkhard Balz (CDU) erklärt: „Nationale Machtfragen müssen zurückstehen, wenn es um Entscheidungen in der Sache geht“.

